

Bitterer Anzeiger.

Der „Bitterer Anzeiger“
erscheint wöchentlich zweimal, Dienstag und Freitag Abends.
Abonnementspreis
beträgt vierteljährlich 50 Pf. Alle resp. Postämter nehmen zu diesem Preise incl. Postzuschlag Bestellungen an.



Der **Insertionspreis**
beträgt pro einspaltige Zeile 10 Pf. Anzeigen werden bis
Dienstag und Freitag Mittag erbeten.
Alle Anzeigen-Bureau nehmen Inserate für dieses Blatt an.
Einrückungsaufträge an alle
auswärtigen Blätter werden ohne Preisauflage vermittelt.

Für den Druck verantwortlich: J. Glöde in Bitter.

Verlag und Redaktion von J. Glöde in Bitter.

Ar. 66.

Freitag, den 21. August

1891.

Der Entschluß der Reichsregierung,
an den Getreidehöfen festzuhalten, wird von der
freihändlerischen Presse scharf kritisiert. Die im
Reichsanz. entwickelten Gründe werden als lauter
Fehlgründe bezeichnet. „Im Interesse der Volks-
wohlthat“, so sagt die „Frei. Ztg.“, „behalten wir
die Entschlüsse der Regierung, vom Stand-
punkt der Opposition kann diese Vertiefung der
Regierung in einer unbilligen Lage uns nur
genehm sein. Die Schwäche der Gründe für die
Entschlüsse muß jedem Unbefangenen die Un-
haltbarkeit der Position darthun. Was die Regie-
rung heute noch ablehnt zu thun, das zu thun
wird sie binnen nicht zu langer Zeit durch die
Macht der Verhältnisse gezwungen werden.“

Auch die „Nat.-Ztg.“ behauptet, daß die Auf-
fassung des Staatsministeriums „dem Ernst der
Lage nicht genügend Rechnung trägt.“ Es lasse
sich allerdings darüber streiten, ob und wie weit
eine Herabsetzung oder Aufhebung der Zölle auf
die Getreidepreise von Einfluß ist, und es ver-
diene in dieser Beziehung beachtet zu werden,
daß der bekannte konservative Graf Kamptz-
Bodungen sich in der „B. u. S.-Ztg.“ bereit er-
klärt, eine zeitweilige Aufhebung der Zölle bei-
zutreten, da er ein zu hohes Ansteigen der
Preise, wie es jetzt zu erwarten stehe, als ge-
mäßiger Schutz vor nicht wünsch. Inwiefern,
Graf Kamptz werde schließlich in die Lage kommen,
für eine Subvention zu stimmen. Der entschei-
dende Punkt für die Regierung ist ihr Plan
grundsätzlich zu einem zwar gemäßigteren, aber
um so dauerhafteren Zollsystem überzugehen. Es
vermag dies nur durch die bereits angebahnten
Handelsverträge, und die Beobachtung, um diese zu
prüfen, des Festhaltens der heutigen hohen Zoll-
sätze, so lange die Verträge noch nicht zum Ab-
schluß gekommen sind. Das Ziel, das den
leitenden Staatsmännern vorsteht, ist die Auf-
richtung eines mitteleuropäischen Zollbundes, der
die verbündeten Staaten wirtschaftlich selbständig
zu machen und namentlich den Druck, den Rus-
land als Getreidekammer übt, aufzuheben ver-
mag.

Zu gleicher Zeit bringen die „Post“ und der
„Hamb. Kor.“ Aufsätze, welche diese „Emanzipation
von Rusland“ zum Gegenstande haben. Das
Berliner Blatt erwartet die Befreiung von
russischen Einflüssen einerseits von der Hebung
unseres Getreidepreises und der Anpassung an das
aus Roggen und Weizen gemischte Brot, ander-
seits von den Abzügen der Handelsverträge,
den es in dem von uns entwickelten Sinne be-
schränkt. Das Hamburger Blatt, das sich ganz
ähnlich ausdrückt, bringt aber noch eine fernere
Noth, deren Bedeutung sich schon aus der Thatsache
ergibt, daß sie der Wollische Telegraph alsbald
verbreitet. Sie lautet: Sie seiens der
Regierung in Aussicht genommene Maßregel,
zur Brotvermehrung der Arme Weizen heran-
zuziehen, ist ein bedeutender Schritt auf den
von der Regierung zielbewußt eingeschlagenen
Wegen, Deutschland vom wirtschaftlichen
Standpunkte aus unabhängiger als bisher
von Rusland zu machen. Denn wenn in diesem
Jahre das russische Roggen-Ausfuhrverbot mög-
licherweise durch die schlechte russische Ernte be-
gründet sein mag, so ist doch nicht ausgeschlossen,
daß später einmal politische Gründe allein für
derartige Schritte maßgebend würden; solchen
Eventualitäten soll im Bereich des Ausfuhrverbotens
mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die
Spitze abgebrochen werden. Die auf diese An-
gelegenheit bezüglichen Fragen — unter besonderem
Hinblick auf die augenblickliche Lage — sind in
den verschiedenen Nummern einem sorgfältigen
Studium unterworfen. — Das Württembergische
„Volk“ beweist, daß man an letzterem Stelle
nicht daran glaubt, daß nur wirtschaftliche
Gründe für das Vorgehen Ruslands maßgebend
waren.

„Zu dem so, dann ist damit auch zugleich zu-
gegeben, daß die politische Lage eine gespanntere
geworden ist, wenigstens insofern, als sich die
Schiedung der Mächte in zwei Lager scharfer
vollziehen hat. Die „Wol. Ztg.“, welche von An-
fang an bestritt, daß das russische Ausfuhrverbot
lediglich durch den Nothstand begründet ist, begründet
diese Auffassung in einem längeren Artikel, in
dem es heißt: „Die getroffene Maßregel stellt
sich in erster Linie als eine künstliche Beschleim-

ung der Ausfuhr bis zum 27. August dar; und
der Zweck einer solchen Maßregel ist offenkundig.
Die Absicht ist, für den vorhandenen Vorrat die
denkbar höchsten Preise zu erzielen. Je plötzlicher
der Mangel erschein, je mehr er den ganzen festigen
Getreidehandel überdeckt und verwirrt, um so
größer mußte die künstliche Preissteigerung wer-
den, und den Nutzen hatte in erster Linie der
russische Getreideausfuhrer, indirekt dann auch
der russische Landwirt. . . . Aber zu dieser Ab-
sicht einer künstlichen und — wie der Er-
folg beweisen hat — recht ergiebigen Preis-
steigerung kommt noch ein weiterer wirt-
schaftspolitischer Beweggrund. Ausland verfolgt
die jetzt schwebenden Handelsvertragsverhand-
lungen zwischen den mitteleuropäischen Friedens-
mächten mit größter Aufmerksamkeit. Es ist sich
darüber klar, daß die in diesen Verträgen auf-
grund entsprechender Gegenleistungen zugesandene
Herabsetzung der Getreidezölle Ausland selbst nicht
eher bewilligt werden wird, bis es selbst sich zu
entsprechenden eigenen Gegenleistungen, vor allem
also zu Herabsetzungen und Bindungen seiner
industriellen Schutzzölle verstanden haben wird.
Diese Gegenleistungen will vor der Hand Rus-
land nicht einräumen, dagegen hält es die gegen-
wärtige Zeit für sehr geeignet, einen kräftigen
Versuch zu machen, Deutschland zur völligen
Aufhebung seiner Getreidezölle zu zwingen. Es
rechnet dabei auf die Anstrengungen der deutschen
radikalen Presse als beste Bundesgenossen.“

Politische Rundschau. Deutschland.

* Wie jetzt feststeht, wollte der Kaiser am
21. d. abends wieder in Berlin eintreffen,
um am Vormittage des nächsten Tages über die
Truppen des Gardekorps auf dem Tempelhofer
Feld die große Herbstparade persönlich abzu-
halten. Mit dem Kaiser trifft auch die Kaiserin
gleichzeitig aus Kiel wieder ein, um gleichfalls
die Parade des Gardekorps auf dem Tempelhofer
Feld anzuweilen zu sein. Der am Vormittage
stattgehabten großen Parade folgt alsdann, wie
alljährlich, ein größeres Paradebataillon, welches am
Nachmittage im Weißen Saal des königl. Schlosses
stattfindet und zu dem die Einladungen bereits
ergangen sind.

* Dem Staatsanz. für Württemberg
zufolge hielt der letzte Ministerrat in der Unterab-
theilung des Königs Karl bis zur Mitte der
vorigen Woche an. Seither ist eine allmähliche
Verbesserung der Krankheitserscheinungen eingetreten.
Der König ist infolge des seit Monaten an-
dauernden, sich zu Nüchternen neigenden Leidens
sehr mürbe und ruhebedürftig, jedoch konnte be-
reits in den letzten Tagen jeweils für einige
Stunden das Bett verlassen.

* Fürst Bismarck und Graf Herbert
Vismarck sind am Dienstag von Bissingen ab-
gereist.

* Für die Handelsvertragsver-
handlungen zwischen Deutschland,
Oesterreich und Italien fand am Mitt-
woch in München die Eröffnungssitzung statt.

* An den Bundesrat waren zahlreiche Ein-
gaben über den Haufschhandel, die Ab-
zahlungsgeschäfte, die Konsum-
vereine und die Warenhändler für Affiliere
und Beamte gerichtet worden. Wie nachträglich
bekannt wird, waren die betreffenden Eingaben
Begründung eingehender Beratungen und wäre
geschlossen worden, die Punkte der Eingaben,
welche den Geschäftsbetrieb der Detailreisenden,
den Hausverkauf, die Abzahlungsgeschäfte und
den Warenwechsellieferung durch Konsumvereine be-
treffen, dem Reichskanzler zu überweisen. Man
darf danach vielleicht schon für die nächste
Sitzung des Reichstages bezügliche Gesetzentwürfe
ermarten.

* Im Interesse der Anlagen für
Fischzucht wird bereits eine Anzahl preis-
Staatsrenten gegenwärtig der großen britischen
Adeln, welche vornehmlich der Fischerei sowohl
zur Inzucht als zur Vermittelung des Verkehrs
mit den Verkaufsorten dienen. Wohlthätige Studien-
reisen nach England und Holland haben statt-
gefunden, als es galt, die Pläne für die jetzt
dem Abhau nahe Anlagen in Nordsee und
Nordsee zu entwerfen.

Frankreich.

* Der Präsident Carnot verließ dem König
von Serbien das Großkreuz der Ehrenlegion.
Der König verließ dem Präsidenten Carnot das
Großkreuz des Reichs Adlers Ordens.
(Der schwarze wird ihm lieber geworden.)

* Das russisch-französische Bündnis
ist in Frankreich immer noch das politische Zeit-
motiv. Bei der am Montag eröffneten Session
der Generalräthe ertönte es in allen Tonarten.
Daher die der französisch-russischen Verbrüderungs-
Komodie die größten Hanswürste Frankreichs
nicht fehlen würden, war vorauszusetzen und
thatsächlich haben die Botschaften eine Volks-
versammlung in Paris zusammengetrommelt, bei
welcher es sehr lärmend zuging. Etwa 5000 Per-
sonen beteiligten sich an dem Abau, dessen
leitende Persönlichkeit Laur war. Man sang
die Marseillaise und die russische Hymne und
nahm schließlich eine Tagesordnung an, in welcher
Auskund der Dank Frankreichs für den Empfang
des französischen Gesandten in Kronstadt aus-
gesprochen, gleichfalls aber der Beschluß, die
französische Flotte einen Besuch in Portsmouth
machen zu lassen, bewahrt wird. Den Elsaß-
Lothringern wurde die unabweisbare Hoff-
nung auf eine Wiedervereinigung mit Frankreich
ausgesprochen.

Belgien.

* Das Wichtigste aus den Verhandlungen
der Dienstags-Sitzung des Brüsseler
Sozialistkongresses sind folgende
von den Sektionen angenommenen Beschlüsse:
Der Kongreß erklärt, daß die Gesetzgebung, welche
in Belgien im Jahre 1889 erlassen wurden,
seinerzeitigen den Ansprüchen der Arbeiterklassen
entfremdet. Die Beschlüsse der Berliner
Arbeiterkongress-Konferenz seien als
wichtige Konzeptionen zu betrachten, aber die
Verhandlungen hätten bewiesen, daß die gegenwärtige
Regierung die Reformen nicht zur Durchfüh-
rung bringen und für die Pflichten gegen die
arbeitende Klasse kein Verständnis haben. Der
Kongreß erklärt, daß die gegenwärtige Arbeiter-
gesetzgebung mangelhaft ist und in un-
genügender Weise zur Ausführung gebracht
wird. Er beschließt die Arbeiter der ganzen
Welt, mit der äußersten Energie den Kampf
fortzuführen und fordert sie auf: 1) in jedem
Land permanenten Kommissionen zu bilden be-
treffend der Arbeitsbedingungen in ihren Beziehungen
zur Arbeitergesetzgebung, 2) die nötigen Nach-
weise für die Entwicklung und Vereinheitlichung
der industriellen Gesetzgebung auszuweisen.
Endlich verpflichtet der Kongreß die Arbeiter,
ihre Anstrengungen gegen die kapitalistische und
bourgeoise-Partei zu vereinen. In den Sektionen
wurde der Beschluß gefaßt, die Judenfrage von
der Tagesordnung abzugeben; auch soll die
einfach-linguistische Frage von der Verhandlung
ausgeschlossen werden.

Schweden-Norwegen.

* Die partikuläristische Bewegung in Nor-
wegen greift immer mehr sich und der Aus-
sich „Los von Schweden“ erschallt jetzt nicht
auf der norwegischen Regierungsbühne. In ähn-
licher Weise wie Minister Konow hat sich der
norwegische Premierminister Olsen in einer öffent-
lichen Verammlung für Errichtung eines selbst-
ständigen Ministeriums der auswärtigen Angelegen-
heiten für Norwegen ausgesprochen. Jetzt habe
Norwegen keine Garantie für eine verantwortliche
Leitung der auswärtigen Angelegenheiten. „Nor-
wegen will diese Garantie fordern ohne Lieber-
mut, aber auch ohne Furcht.“

Italien.

* Der Deservatore Romano bringt
übermals einen Artikel, um den Eindruck der
durch seine früheren Neußerungen hervorgerufenen
Debatte zu verwischen. Er schreibt, man ver-
leumde den Papst, wenn man ihm ansieht, alles
um der weltlichen Herrschaft willen
preiszugeben. Die Verleumdung rühre daher,
daß man erstens nicht begreifen wolle, daß der
Aufspruch auf die weltliche Herrschaft im geistlichen
Interesse der Kirche gelegen sei, und daß man
zweitens alles, was der Papst thue, mit der
römischen Frage in Zusammenhang bringe. So
habe man dem von Papst Leo in Frankreich be-
kommenen Friedenswerke keine andere Absicht, als
die Wiedererrichtung der weltlichen Herrschaft
unterzulegen, als ob die Wahrung der religiösen
Interessen eines großen Landes für den heiligen
Stuhl nicht ein genügender Antrieb zu ent-
sprechendem Handeln wäre. Was für den Frieden
Frankreichs geschehe, siehe in harmonischem Ein-
klang mit der hohen Sendung, mit welcher Gott
den apostolischen Stuhl betraut habe.

England.

* Aus Warschau wird gemeldet, daß in den
von dem Roggenausfuhrverbot be-
troffenen Distrikten sich alsbald nach der Ver-
öffentlichung des Gesetzes eine ganz außerordent-
liche Mühseligkeit zu entfallen begonnen hat. Alle
Mühen sind und sollen Dampf beschäftigen sich
sich ausschließlich mit der Vereingung von Roggen-
mehl und Roggenkleie. Die Grundbesitzer in der

Umgebung von Warschau haben alle anfangs-
treibenden Dampfmaschinen zu doppelten
und dreifachen Preisen gemietet, um möglichst
große Mengen von Roggen bis zum 27. d. dem
Tage, an welchem das Ausfuhrverbot in Kraft
tritt, nach dem Auslande auszuführen.

* Die Russifizierung in den Ostsee-
provinzen wird in den Schulen mit Riesenschritten
durchgeführt. In dem „Nikolai-Gymnasium“ ge-
taufelten ehemaligen Rigauer Gouvernements-Gymna-
sium ist nunmehr die Einführung der russischen
Vortragsprache in allen Klassen und für alle
Fächer völlig durchgeführt. In diesem Jahre war
bei den Abiturientenprüfungen nur noch für Latein
und Griechisch die deutsche Sprache zulässig, nun
ist es nunmehr auch zu Ende ist. Das lüben-
dijische Städtchen Bernau bekommt für sein Gymna-
sium einen neuen russischen Direktor aus Peters-
burg, der, wie man erwartet, die Russifizierung
der Lehranstalt schneller zu Ende führen wird
als der bisherige deutsche Direktor des Bernau-
schen Gymnasiums.

* Ausland scheint in Mittelasien seine
Grenzen wieder vorrücken zu wollen. Dem
R. A. zufolge ist eine russische „Expedition, 600 Mann
aus den Kasaken, Infanterie und zwei Berg-
geschützen bestehend, im Gebiete von Pamir ein-
getroffen. Die indischen Nachbarn dieses Gebiets
sind Afghanistan und der englische Rajasthanat
Kashmir.“

* Die Wahlen für die bulgarischen
Generalräthe sind nach Depeschen aus
Sofia im ganzen Lande beendet und haben, wie
bei der räthselhaften Energie Stambulows nicht
anders zu erwarten war, mit einem Siege der
Regierungslandkandidaten geendet. Nicht ein
Oppositioneller ist gewählt worden.

Asien.

* Die Lage in China ist eine unver-
ändert ernste und sie gibt um so mehr zu
bedenklichen Veranlassung, als das Peking-Tung-
Yamen (Auswärtige Amt) hartnäckig auf seinem
ablehnenden Standpunkt verharrt. In den Kreisen
der am Peking Hof beglaubigten Gesandten
scheint man nunmehr zu der Ansicht gelangt zu
sein, daß selbst eine Flotten-demonstration den
Widerstand der chinesischen Regierung nicht brechen
und an deren feindsüchtiger Haltung gegen die Aus-
länder nichts ändern werde, und man schlägt noch
stärkere Mittel vor. Es verläutet nämlich aus
Peking Regierungskreisen, die Vertreter des Aus-
landes in Peking hätten in anbetracht der gegen-
wärtigen Lage und bei dem Mangel an gutem
Wollen seitens der chinesischen Regierung die
Notwendigkeit in Erwägung gezogen, daß die
europäischen Mächte sich härter einmischen, einen
energischeren Druck auf das Tung-Yamen aus-
zuüben.

* Der abgeleitete Gouverneur von Schiga
(Tagan) in dessen Bezirk das Altentat auf
der Jarc mit Sch. vorliegt, und der infolge-
dessen sein Amt verlor, ist jetzt begnadigt worden.
Er wird in einiger Zeit einen hohen Posten er-
halten. Es kam zu seinen Gunsten in Betracht,
daß er erst drei Tage im Arme war, als das
Altentat geschah.

Manöver von 70 000 Mann.

Im Waldviertel, in dem Dreieck Wien-Linz-
Prämon, werden bereits die nächsten Vorbereitungen
getroffen für die Unternehmung der Truppenübungen,
welche in den ersten Septembertagen gegen die
Thonlinie dirigiert werden. Die in Wien und
Umgebung befindlichen Truppen und jene, die
sich im Prater Lager befinden, erhalten ihre
Marschrouten vorgezeichnet, und auf den ver-
schiedenen Eisenbahn-Stationen sammelt man die
zur Truppen-Verordnung herbeigeführten
Waggons.

In der Umgebung von Wien haben auch nie-
mals größere Manöver als die bisher beschriebenen,
bei welchen bekanntlich als Häupte des Kaisers
Franz Joseph der deutsche Kaiser und der König
von Sachsen anwesend sein werden, stattgefunden.
Der einzigen Tag war zwar in Wien das
Gericht verbreitet, daß Kaiser Wilhelm infolge
der Verlegung am Anie den Wandern nicht bei-
wohnen werde; die neuerdings aus Berlin ein-
gelangten Drahtnachrichten betonen aber die Ein-
geladetheit der Verlegung, und daß der Kaiser
sich völlig wohl befindet.

Ein anderes Gerücht wollte wissen, daß die
französischen und russischen militärischen Beobach-
tungen eine Einladung zu diesen Manövern
nicht erhalten würden; doch sind es nur Gerüchte
ohne jeden offiziellen Charakter. Es ist wahr-
scheinlich, daß alle Staaten, wie es seit langer
Zeit in Wien vorgefallen ist, durch ihre mili-